

# «Es braucht ein offeneres Bewusstsein für das Sterben»

**Palliative Care** «Von der nationalen Strategie zur regionalen Integration». So lautete das Thema der Jahresveranstaltung in Solothurn.

VON GUNDI KLEMM

133 Mitarbeitende aus unterschiedlichen Gesundheitsbereichen trafen sich am Donnerstag an der Pädagogischen Hochschule in Solothurn zu diversen Workshops und einer öffentlichen Podiumsdiskussion. Der Anlass, welcher der weitergehenden Verankerung von Palliative Care im Kanton diene, stiess auf grosses Echo.

«Wir im Kanton Solothurn sind gar nicht so schlecht dran», hob der Allgemeinmediziner Christoph Cina, Präsident des Vereins «Palliative SO», die sichtbaren Fortschritte bei der interdisziplinären Begleitung unheilbarer Kranker bis zu ihrem Lebensende hervor. So konnte im letzten Jahr die erste Palliative-Care-Station mit sechs Betten im Kantonsspital Olten eröffnet werden. Ein eigens konzipierter Betreuungsplan lässt inzwischen Fachleute aus verschiedensten Bereichen und auch Angehörige die Betreuung schwerstkranker Personen am «runden Tisch» gemeinsam planen und durchführen.

## Lebensqualität bis zuletzt

Aus nationaler Sicht betonte Lea von Wartburg, Projektleiterin Palliative Care im Bundesamt für Gesundheit, dass die Verankerung der Palliative-Idee bei den wichtigen Akteuren im Gesundheitswesen dank der auf



Anregende Diskussion (v. l.): Roland Kunz, bis 2012 Präsident von Palliative CH, Regierungsrat Peter Gomm, Moderator Jakob Fuchs und Lea von Wartburg vom Bundesamt für Gesundheit. HANSJÖRG SAHLI

weitere drei Jahre verlängerten «Nationalen Strategie» weiter vorangetrieben werde. Das Hauptaugenmerk richte sich dabei auf die Grundversorgung und ergänzende Strukturen für eine spezialisierte Palliative Care zur Unterstützung bei schweren medizinischen Fällen. Die Referentin betonte das Recht eines Patienten auf «Lebensqualität bis zuletzt».

Der als «Motor» der Dachvereinigung «Palliative CH» bekannte Arzt Roland Kunz würdigte die schweizweit bestehenden neun kantonalen Konzepte, um möglichst allen Menschen Zugang zu betreuenden Angeboten zu verschaffen. Nötig sei die weitergehende Klärung der Aufgaben auf Gemeindeebene und die Zusam-

menarbeit in Netzwerken, um kostengünstige Lösungen zu erzielen. 80 Prozent der Palliative-Fälle würden in der Grundversorgung durch den Hausarzt und die Spitex begleitet, nur in rund 20 Prozent sei für komplexe Krankheitsverläufe der Einsatz einer speziellen Zusatz-Palliative-Care vonnöten. Kunz plädierte für die Einrichtung eines Notfalldienstes Palliative Care und ein offeneres Bewusstsein in der Gesellschaft für das Sterben und die Endlichkeit des Lebens.

Der Solothurner Gesundheitsdirektor Peter Gomm bekräftigte, dass die weitergeführte Strategie zur regionalen Implementierung von Palliative Care durch den Kanton als Koordinator tatkräftig unterstützt wer-

de. Im Gange sei eine diesbezügliche Zusammenarbeit mit Baselland. Der Regierungsrat ermutigte zu Partnerschaftsprojekten, um eine ambulante Betreuung überall auch im 24-Stunden-Betrieb gewährleisten zu können. Denn die Mehrheit der Menschen wolle zu Hause sterben.

## Der Tod ist immer noch ein Tabu

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion, die von Radiomoderator Jakob Fuchs geleitet wurde, erörterten die drei Referenten, wie Palliative Care noch breiter verankert werden kann. Im Mittelpunkt standen die Sensibilisierung von Bevölkerung und medizinischen Fachpersonen, die gemeindenahe Versorgung, eine auf die Be-

sonderheiten der Palliative Care Rücksicht nehmende Tarifstruktur und die Qualität der Betreuung bei sehr individuellen Krankheitsverläufen und Sterbeprozessen. Der Tod sei kein «sexy Thema, sondern vielmehr tabu», stimmten Kunz und Gomm überein. «Bei der Palliative Care fehlt dem nur kurativ handelnden Mediziner das Quäntchen Attraktivität», befand Kunz. Zeit und liebevolle Geduld, die für Palliative Care nötig seien, müssten in der Finanzierung entsprechend anerkannt werden, damit man sich dem vom Leiden betroffenen Menschen widmen könne. Und schliesslich gelte es, den Netzwerkgedanken durch kluge Rahmenbedingungen zu stärken.